
Frankfurter Rundschau

Startseite › Politik

Wie man ewigen Frieden schafft – ein Leitfaden für Realisten

01.01.2024, 07:29 Uhr

Von: [Foreign Policy](#)

Ukraine, Israel, Sudan: Ist Frieden möglich? Wie man (in mehrererlei Hinsicht) realistische Schritte zu einer utopischeren Weltordnung unternimmt.

- Angesichts der [Kriege in Israel](#) und der Ukraine wächst auch im Westen die Frage nach Wegen zum Frieden.
- Eine Option ist „Realismus“ – das Wort bezeichnet auch eine Denkschule der (Politik-)Wissenschaft der Internationalen Beziehungen.

- Ein Vertreter dieser Theorie ist der Politikwissenschaftler Stephen M. Walt. In diesem Artikel stellt er fünf „realistische“ Schritte zu mehr Frieden vor.
- Dieser Artikel liegt erstmals in deutscher Sprache vor – zuerst veröffentlicht hatte ihn am 19. Dezember 2023 das Magazin *Foreign Policy*.

Washington, D.C. – In vielen Teilen der Welt ist gerade Weihnachtszeit – und die Gedanken kreisen um Visionen von einer besseren Welt. In den Kirchen werden Hymnen auf den Frieden gesungen, von den Kanzeln erklingen fromme Wünsche, und religiöse wie weltliche Führer begehen das neue Jahr mit hoffnungsvollen Worten für die Zukunft.

Solche Gefühlsregungen wirken jedoch hohl, wenn wir [über das brutale Gemetzel im Gazastreifen](#), die unerbittliche Zerstörung im [Ukraine-Krieg](#), den [sinnlosen Bürgerkrieg im Sudan](#) und all die anderen Blutbäder nachdenken, die auf der ganzen Welt im Gange sind. Ganz zu schweigen von den enormen Ressourcen, die die Länder weiterhin dafür aufwenden, mehr und bessere Wege zu finden, um andere Menschen zu töten.

Ukraine, Israel, Sudan: Frieden auf der Erde statt Menschen aus dem Mars

Können wir etwas dagegen tun? Vor einigen Wochen nahm ich an einem faszinierenden Seminar über die Erforschung des Weltraums teil, und in der Diskussion kam das Thema der bemannten und unbemannten Aktivitäten zur Sprache. Der Referent stellte fest, dass es sich lohnen könnte, Menschen in die Erdumlaufbahn, auf den Mond und eines Tages auf den Mars zu schicken, weil die Menschen neue und schwierige Herausforderungen brauchen, die sie inspirieren.

Seine Ausführungen brachten mich zum Nachdenken. Ich glaube, dass unbemannte Raumfahrt sinnvoller ist, als Menschen in die Erdumlaufbahn oder zum Mond zu schicken – aus Gründen, die mein verstorbener Vater bei *Foreign Policy* dargelegt hat –, aber vielleicht brauchen wir doch

hochgesteckte und möglicherweise unerreichbare Ziele, um neue Höhen zu erreichen. Wenn das so ist, warum streben wir dann nicht nach etwas ebenso Wunderbarem, aber etwas näher an unserem Zuhause? [Warum nicht Frieden auf der Erde](#) statt Menschen auf dem Mars?

Kriege plagen die Menschheit seit Jahrtausenden – es gibt keinen Zauberstab, aber Lösungsideen

Ich bin mir aller Hindernisse bewusst, die dieser Utopie im Weg stehen. In einer Welt ohne zentrale Autorität werden sich die Staaten um ihre Sicherheit sorgen und Maßnahmen ergreifen, um sich selbst zu schützen. Und ihre Bemühungen, dies zu tun, werden oft andere bedrohen und manchmal zu Gewalt führen. Unsicherheit, Unwissenheit und verschiedene Formen kognitiver Verzerrungen können dazu führen, dass Länder in Kriege verwickelt werden, die hätten vermieden werden können und sollen.

Manche Staatsoberhäupter führen Kriege, um ihre eigene Macht zu erhalten oder um sich in der Geschichte zu verewigen. Nationen, die seit langem unter Missständen leiden, versuchen manchmal, diese mit Gewalt zu beseitigen, und verschiedene Interessengruppen drängen auf einen Krieg, um ihren Einfluss zu vergrößern, ihre eigenen Profite zu steigern oder ein bestimmtes Ziel zu erreichen. Ideologen, die davon überzeugt sind, dass sie den einzig wahren Weg gefunden haben, wie Gesellschaften zu regieren sind, starten manchmal ehrgeizige Kreuzzüge, um anderen ihre Überzeugungen aufzuzwingen.



Wie lässt sich Frieden schaffen – nicht nur, aber auch in der Ukraine? © Montage: Imago/Nur-Photo/Klaudia Radecka/Mikhail Klementyew/fn

Die Hartnäckigkeit des Krieges über die Jahrtausende hinweg erfordert Demut, auch wenn wir nach Lösungen suchen. Es gibt keinen Zauberstab, der die Geißel des Krieges beenden kann. Aber hier sind ein paar bescheidene Ideen für den Aufbau einer (etwas) friedlicheren Welt:

Frieden gesucht: Bei Ideologien ist Skepsis angebracht

Erstens könnten die Staats- und Regierungschefs (und die Öffentlichkeit) damit beginnen, die Lehren des Realismus ernster zu nehmen und jede Ideologie, die behauptet, den Schlüssel zur endgültigen Beendigung des

Krieges gefunden zu haben, mit mehr Skepsis zu betrachten.

Marxisten dachten, der Sturz des Kapitalismus würde die Anreize zum Krieg beseitigen und uns in ein friedliches sozialistisches Paradies führen. Die Liberalen glauben, dass die Ausbreitung der Demokratie das gleiche Wunder bewirken wird, auch wenn sie nicht wissen, wie man Demokratie exportiert und auch wenn wir dafür erst „Kriege führen müssen, um den Krieg zu beenden“. Libertäre wollen den Staat schrumpfen lassen; Faschisten sagen uns, wir sollen den Staat anbeten; und Anarchisten wollen den Staat vollständig zerstören - und jede Gruppe ist davon überzeugt, dass alles gut werden wird, wenn wir nur ihren Ratschlägen folgen.



Bilder zeigen, wie der Krieg in Israel das Land verändert



[Fotostrecke ansehen](#)

Einige Gläubige glauben, dass Frieden entstehen wird, wenn jeder den richtigen Gott anbetet, und einige Atheisten behaupten, dass wir eine friedlichere Welt hätten, wenn wir aufhören würden, irgendwelche Götter zu verehren. Da diese Vorschläge alle voraussetzen, dass man anderen, die sie vielleicht nicht akzeptieren wollen, politische Überzeugungen aufzwingt,

verschlimmern sie das Problem in der Regel eher, als dass sie es verbessern.

Im Gegensatz dazu ermutigt der Realismus zur Demut. Er betont die menschliche Fehlbarkeit, die Gefahren unkontrollierter Macht, die Grenzen der Vernunft und die Leichtigkeit, mit der die Starken und Privilegierten arrogant und überheblich werden. Er erkennt die unvermeidliche Ungewissheit, die das politische Leben plagt, und die tragischen Elemente, die ein unausweichlicher Teil der menschlichen Existenz sind. Der politische Realismus stellt eine Welt dar, die selten schwarz oder weiß ist, sondern typischerweise viele Grautöne enthält. Eine Welt, in der unbeabsichtigte Folgen im Überfluss vorhanden sind und der Erfolg von heute die Saat für die Probleme von morgen legt.

Frieden braucht ein Gleichgewicht der Mächte

Aus diesem Grund sind die meisten Realisten der Ansicht, dass Staaten nur dann in den Krieg ziehen sollten, wenn dies unbedingt notwendig ist, das heißt, wenn ihr eigenes Überleben und/oder ihre vitalen Interessen auf dem Spiel stehen. Zumindest in den letzten Jahrzehnten hätte eine Außenpolitik, die auf Realismus und Zurückhaltung beruht, mit ziemlicher Sicherheit dazu geführt, dass der Frieden weiter verbreitet ist.

Der Realismus legt auch nahe, dass Appelle an unsere gemeinsame Menschlichkeit die Welt dem Frieden nicht näher bringen werden. Der Mensch ist ein soziales Tier mit einer tief verwurzelten Tendenz, sich in Gruppen aufzuteilen und diejenigen, die als anders angesehen werden, mit Argwohn zu beäugen.



Foreign Policy Logo © ForeignPolicy.com

Wenn es hart auf hart kommt, stellen die meisten sozialen Gruppen ihre eigenen Interessen an die erste Stelle, selbst wenn dies bedeutet, dass andere geschädigt werden. Auch Basisfriedensbewegungen und andere Antikriegsaktivitäten werden nicht ausreichen, denn auch in Demokratien werden die Entscheidungen für den Krieg von einer Handvoll Menschen an der Spitze getroffen. Schon aus diesem Grund kann man den Frieden nur fördern, indem man die Regierenden (und ihre Anhänger) davon überzeugt, dass ein Krieg ihre Positionen nicht sicherer und ihre Länder nicht sicherer oder reicher machen wird.

Daraus folgt, dass ein realistischerer Ansatz für den Frieden die Politik des Gleichgewichts der Mächte in den Mittelpunkt stellen würde. Damit meine ich,

dass sich Staaten in der Anarchie immer Sorgen machen, wenn andere zu stark werden, und dass sie versuchen werden, das Gleichgewicht wiederherzustellen, um ihre eigene Sicherheit zu bewahren. Aus diesem Grund sind unnachgiebige Bemühungen, die eigene Macht auf Kosten anderer zu stärken, in aller Regel selbstzerstörerisch. Denn andere Staaten werden sich schließlich zusammenschließen, um einen mächtigen Staat zu kontrollieren und seine Ambitionen einzudämmen.

Eine logische Folge dieses Prinzips ist, dass die Bedrohung lebenswichtiger Interessen einer Großmacht – insbesondere in der Nähe ihres eigenen Territoriums – zwangsläufig eine harte Reaktion hervorruft. Wenn mehr Staats- und Regierungschefs diese Tendenzen erkennen würden, kämen unüberlegte Versuche, sich dauerhafte Vorteile zu verschaffen, seltener vor. Darüber hinaus würden Staats- und Regierungschefs, die einen ausgeprägten Sinn für Empathie entwickeln – das heißt, die Fähigkeit, die Dinge aus der Perspektive der anderen Seite zu sehen, ohne unbedingt mit ihr übereinzustimmen –, seltener aus Versehen rote Linien überschreiten, besser gerüstet sein, Lösungen zu finden, die für alle Parteien vorteilhaft sind, und weniger wahrscheinlich in törichte Kriege der Wahl stolpern.

Putin hat den Nationalismus unterschätzt: Zwang und Gewalt sind meist vergeblich

Zweitens: Obwohl die meisten politischen Führer ihre Macht erlangen und erhalten, indem sie an den Nationalstolz ihrer Mitbürger appellieren, vergessen sie oft, dass ähnliche Kräfte auch in anderen Ländern existieren. Der russische Präsident Wladimir Putin hat sich geirrt, als er die Macht des ukrainischen Nationalismus außer Acht ließ. Er fand sich in einem Krieg wieder, der sich als weitaus kostspieliger erwiesen hat, als er erwartet hatte, unabhängig vom Endergebnis.

Die Macht des Nationalismus erklärt auch, warum mächtige Länder andere nicht in die dauerhafte Unterwerfung zwingen können und warum schwache und verletzte Staaten sich Sanktionen und anderen Formen der Nötigung

widersetzen, selbst wenn dies extrem kostspielig ist. Wenn mehr Staats- und Regierungschefs diesen Aspekt der Weltpolitik zu schätzen wüssten, würden vergebliche Bemühungen, andere zu zwingen, zu schwächen oder zu zerstören, seltener vorkommen.

Wer Krieg führt, hat sein Schicksal nicht mehr in der Hand

Drittens sollten Anführer, die einen Krieg in Erwägung ziehen, daran erinnert werden, dass sie, wenn die Kämpfe erst einmal begonnen haben, ihr Schicksal nicht mehr selbst in der Hand haben. Ein Krieg setzt eine Vielzahl komplizierter und unvorhersehbarer Prozesse in Gang. Sie führen dazu, dass die meisten Kriege länger dauern und mehr kosten, als ihre Initiatoren erwarten.

Der britische Premierminister Winston Churchill war wohl kaum ein Pazifist, aber er hat dieses dauerhafte Merkmal der Weltpolitik verstanden. In „My Early Life“ schrieb er: „Der Staatsmann, der dem Kriegsfieber nachgibt, muss sich darüber im Klaren sein, dass er, sobald das Signal gegeben ist, nicht mehr der Herr der Politik ist, sondern der Sklave unvorhersehbarer und unkontrollierbarer Ereignisse.“ George W. Bush hatte eine Churchill-Büste im Oval Office, als er Präsident war, aber ich bezweifle, dass er diese kleine Weisheit jemals gelesen hat. Hätte er das getan, hätte er vielleicht gründlicher nachgedacht, bevor er 2003 in den Irak einmarschierte.

Vom Krieg zum Frieden: Ein „Siegerfriede“ ist das Rezept für weiteren Ärger

Apropos Churchill: Auf dem Titelbild seiner mehrbändigen Geschichte des Zweiten Weltkriegs steht: „Im Krieg Entschlossenheit, in der Niederlage Trotz, im Sieg Großmut, im Frieden guter Wille“. Das ist kein schlechter Katechismus, und ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf die letzten beiden Satzteile lenken. Die Auferlegung eines einseitigen Siegerfriedens ist ein

Rezept für weiteren Ärger, vor allem, wenn sich die ehemaligen Gegner von ihrer Niederlage erholen können.

Die Vereinigten Staaten haben Deutschland und Japan nach dem Zweiten Weltkrieg nicht aus Menschenfreundlichkeit beim Wiederaufbau geholfen. Aber sie haben auch nicht den karthagischen Frieden durchgesetzt, den einige Offizielle befürworteten. Der Kontrast zum Strafvertrag von Versailles, der den Ersten Weltkrieg beendete, konnte nicht größer sein. Auch die Tatsache, dass man [Russland wie eine besiegte Macht behandelte](#) und seinen berechtigten Ängsten jahrelang kaum Beachtung schenkte, vergiftete die Beziehungen und trug dazu bei, den Weg zu den heutigen Problemen zu ebneten, wie einige vorausschauende Beobachter wiederholt warnten.

Kriege vermeiden: Der Westen hat eine Lösung für die Ukraine verpasst

Viertens: Da ein Krieg immer kostspielig und unvorhersehbar ist, werden kluge Politiker alle Alternativen ausschöpfen, bevor sie die eisernen Würfel werfen. Niemand weiß, ob eine [diplomatische Einigung möglich gewesen wäre, die den Einmarsch Russlands in die Ukraine hätte verhindern können](#), oder ob die Vermittlungsbemühungen, die im März 2022 im Gange waren, den Krieg schnell hätten beenden und die Ukraine vor der Zerstückelung und großen Zerstörung bewahren können.

Es gibt jedoch immer mehr Beweise dafür, dass die westlichen Staats- und Regierungschefs – und insbesondere die Spitzenbeamten im Westen – alternative Lösungen nicht so gründlich verfolgt haben, wie sie es hätten tun sollen. Solche Bemühungen mögen zwar gescheitert sein, aber ein ernsthafteres Bemühen, den Krieg zu verhindern oder im Keim zu ersticken, wäre dem eingetretenen Krieg vorzuziehen gewesen.

Kriegstreiber entlarven – die richtigen Fragen stellen

Zu guter Letzt könnten die Friedensbemühungen gefördert werden, wenn wir von angehenden Staatsoberhäuptern eine Erklärung darüber verlangen, was sie zu tun gedenken, um den Frieden zu stärken und zu festigen.

Diejenigen, die die Führung eines Landes anstreben, haben in der Regel viel darüber zu sagen, wie sie es stärker machen wollen. Aber die eigentliche Frage, die wir ihnen stellen sollten, ist, wie sie die Sicherheit ihrer Mitbürger erhöhen wollen.

Sollte nicht jeder, der Präsident oder Premierminister werden will, erklären müssen, was er zu tun gedenkt, um Kriege unwahrscheinlicher und den Frieden stabiler zu machen? Wenn er darauf antwortet, dass alle anderen an dem Problem schuld sind und dass Frieden nur möglich ist, wenn die Unruhestifter vernichtet werden, dann wissen wir, dass er nicht wirklich am Frieden interessiert ist.

Wenn alles, was sie sagen können, vereinfachte Klischees sind („Frieden durch Stärke“, „Erinnern Sie sich an München“ und so weiter), sollten wir uns nach Kandidaten umsehen, die ein differenzierteres Verständnis davon haben, wie Weltpolitik wirklich funktioniert. Wenn ihnen die Bedeutung des Friedens nie in den Sinn gekommen ist und sie nichts zu sagen haben, sollten die Reporter sie fragen, warum das so ist. Und wenn einer von ihnen versucht, uns zu erzählen, dass Krieg eine großartige und glorreiche Aktivität ist, die wir begrüßen sollten, oder darauf besteht, dass potenzielle Feinde leicht zu besiegende Papiertiger sind, sollten Sie Ihre Vorratskammern auffüllen oder Ihren örtlichen Luftschutzkeller aufsuchen.

Kriege im Jahr 2023: Wir sollten die Regierungschef jetzt an die Gefahren erinnern

Wie ich hoffentlich deutlich gemacht habe, gibt es keine einfachen Lösungen für das Problem des Krieges. Aber wenn die Menschen wirklich eine neue Herausforderung brauchen, dann würde eine nachhaltige, aber realistische Anstrengung, die Wahrscheinlichkeit und die Zerstörungskraft von Kriegen zu verringern, der Menschheit weit mehr nützen, als ein paar mutige Menschen

auf eine ferne Himmelskugel zu schicken. Wir sollten damit beginnen, die Staats- und Regierungschefs immer wieder daran zu erinnern, dass das Anzetteln eines Krieges selten die gewünschten Ergebnisse bringt und oft zu unerwarteten und sehr bösen Überraschungen führt.

Vielleicht würde diese Lektion dazu beitragen, dass sie im Jahr 2024 besser abschneiden als im letzten Jahr. Ich habe die Messlatte niedrig angesetzt; hoffen wir, dass sie sie überwinden können.

Zum Autor

Stephen M. Walt ist Kolumnist bei Foreign Policy und Robert und Renée Belfer Professoren für internationale Beziehungen an der Harvard University.
Twitter (X): @stephenwalt

Wir testen zurzeit maschinelle Übersetzungen. Dieser Artikel wurde aus dem Englischen automatisiert ins Deutsche übersetzt.

Dieser Artikel war zuerst am 19. Dezember 2023 in englischer Sprache im Magazin „[ForeignPolicy.com](https://www.foreignpolicy.com)“ erschienen – im Zuge einer Kooperation steht er nun in Übersetzung auch den Lesern der IPPEN.MEDIA-Portale zur Verfügung.

Kommentare